

### Solidarität in Österreich: Strukturen und Trends

Denz, Hermann

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Denz, H. (2003). Solidarität in Österreich: Strukturen und Trends. *SWS-Rundschau*, 43(3), 321-336. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-165276>

#### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

#### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

# Solidarität in Österreich

## Strukturen und Trends

Hermann Denz (Innsbruck)

Gegenstand des vorliegenden Artikels ist eine empirische Analyse zur Bereitschaft der ÖsterreicherInnen, solidarisch zu handeln. Dabei wird gezeigt, mit welchen Gruppen man sich mehr oder weniger verbunden fühlt. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich von 1994 bis 2002. Das Ergebnis ist, dass es unterschiedliche Reichweiten der Solidarität gibt: Mit den Menschen seiner Umgebung ist man solidarischer; mit Menschen, die einem fern stehen, weniger solidarisch. In den untersuchten neun Jahren hat die allgemeine Solidarbereitschaft zwar zugenommen, in konkreten gesellschaftlichen Bereichen ist sie jedoch zurückgegangen. So ist die ohnehin schon geringe Solidarität mit Fernstehenden deutlich gesunken, während die Solidarität mit Nahestehenden nach wie vor sehr hoch ist und kaum zurückgegangen ist.

### 1. Begriff und Messung von Solidarität

Welcher Begriff von Solidarität liegt dieser Studie zugrunde und wie kann dieses Konzept von Solidarität erhoben werden?

Der dieser Untersuchung zugrunde liegende Begriff von Solidarität lautet wie folgt: Solidarität ist die verbal geäußerte Bereitschaft,

- mit anderen Menschen (Familie, MitarbeiterInnen, NachbarInnen, Flüchtlingen, Fremden usw.)
- Lebenschancen (Geld, Zeit, Emotionen, Posten, Ansprüche, Rechte usw.) zu teilen,
- um eine gerechtere Verteilung dieser Lebenschancen zu erreichen.

Der dritte Teil der Definition kommt nicht bei allen Dimensionen zum Tragen (Zulehner u. a. 1997, 51–52).

Nun können durch eine Befragung lediglich Einstellungen, Einschätzungen, Bewertungen, Handlungsabsichten, Handlungspräferenzen sowie erinnertes Handeln erhoben werden. Wie die EUROVOL-Studie (Gaskin u. a. 1996, 65) zeigt, ist dabei oftmals nicht einmal das erinnerte Handeln mit dem faktischen Handeln gleich zu setzen. So wurden in dieser Studie die rechtlichen Rahmenbedingungen und die persönliche Bereitschaft für ehrenamtliches Handeln in einer Reihe europäischer Länder vergleichend erhoben. Es stellte sich heraus, dass bei jenen, die auf die Frage, ob sie ehrenamtlich arbeiteten, „Nein“ gesagt hatten, bei konkreter Nachfrage doch eine ehrenamtliche Tätigkeit vorlag. Durch die Nachfrage erhöhte sich die Zahl der Ehrenamtlichen in allen Fällen, teilweise sogar beträchtlich.

Umfrageergebnisse zeigen lediglich eine gesellschaftliche Tendenz. Im Einzelfall können allerdings tatsächliches Verhalten und Befragungsantworten auseinander fallen. Denn – wie Experimente zeigen – hängt das tatsächliche Solidarhandeln von der konkreten Situation ab. In konkreten Situationen sind manche solidarischer, als es

eigentlich den verbalen Äußerungen entspricht, viele sind jedoch deutlich unsolidarischer. Dieses Phänomen zeigen u.a. experimentelle Workshops der US-amerikanischen Lehrerin Jane Elliott, die unter dem Namen „Blue Eyed“ bekannt wurden:<sup>1</sup> In diesen Experimenten erfahren ganz durchschnittliche Menschen, wie unsolidarisch sie in entsprechenden Situationen handeln können. Einer dieser Schlüsseldialoge ist: Mann: „Wenn Sie diese Frau schikanieren, dann trifft's mich nicht, so sind doch die Regeln. Ich lehne mich zurück und gehe in Deckung und überlasse sie ihrem Schicksal.“ Jane Elliott: „Das ist es doch, warum Rassismus funktionieren kann, Leute, darum Sexismus, darum kann Diskriminierung alter Menschen funktionieren. Sich zurücklehnen und nichts unternehmen, heißt mit den Unterdrückern gemeinsame Sache machen.“

Wenngleich der Zugang zu Solidarität über Befragungsdaten sicher einige Nachteile aufweist, weil sich Solidarität erst im konkreten Verhalten äußert (wie etwa Hilfeleistung, Mitarbeit, Spenden), lassen sich damit doch Einstellungen, Werthaltungen usw. erheben, welche die Basis für das Solidarhandeln bilden.

Welche Auswirkungen hat nun die individuelle Solidarität auf gesellschaftliche Grundstrukturen? Der Zusammenhang zwischen Solidarität und gesellschaftlicher Entwicklung (gesellschaftlichem Wohlstand) kann mit dem Begriff des Sozialkapitals beschrieben werden. „Sozial-Kapital' äußert sich in solchen Gestalten und Formen wie zivile und religiöse Gruppen, informelle gemeinschaftliche Netzwerke, Familienbande, Verwandtschaften und Freundschaften. ‚Sozial-Kapital' ist ebenfalls wirksam in ethischen Maßstäben wie Gegenseitigkeit, Freiwilligkeit, Nächstenliebe und Vertrauen“ (Putnam 1997, 1). Und: „Die Grundidee des Sozialkapitals besteht darin, dass Familie, Freunde und Bekannte einer Person einen wichtigen Wert darstellen, auf den man in Krisensituationen zurückgreifen kann, den man um seiner selbst willen genießen und zum materiellen Vorteil nutzen kann. Was für den Einzelnen gilt, gilt umso mehr auch für Gruppen. Mit einem vielschichtigen sozialen Netzwerk ausgestattete Gemeinschaften und bürgerschaftliche Vereinigungen haben Vorteile, wenn es darum geht, Armut und Verwundbarkeit zu begegnen“ (Putnam/ Goss 2001, 19-20). Das heißt, das gleiche Phänomen, das sich auf der individuellen Ebene als Solidarität oder Solidaritätsbereitschaft zeigt, ergibt auf der gesellschaftlichen Ebene das Sozialkapital. Gesellschaften mit mehr solidarischen Menschen sind nach Ansicht der AutorInnen – auch materiell – besser gestellt.

In diesem Sinne lässt sich nun die Forschungsfrage formulieren: Wie hat sich die Bereitschaft der ÖsterreicherInnen, solidarisch zu handeln im Zeitraum von 1994 bis 2002 verändert? In Kapitel 2 werden die generelle Einstellung zu Solidarität und die solidarische Handlungsbereitschaft analysiert. Kapitel 3 widmet sich dann den Auswirkungen in konkreten gesellschaftlichen Bereichen wie etwa zivilgesellschaftliches Engagement, Solidarität im nachbarschaftlichen Zusammenwohnen, Solidarität auf dem Arbeitsmarkt.

1 Dazu gibt es einen Film und einige Texte im Internet, verfügbar unter: [http://www.bpb.de/publikationen/Y8XM6U,0,0,Blue\\_eyed.html](http://www.bpb.de/publikationen/Y8XM6U,0,0,Blue_eyed.html), 4.5.2003. Die Sätze sind dem Film entnommen.

Für die Analyse stehen die beiden Solidaritätsstudien von 1994<sup>2</sup> und 2002 zur Verfügung. Ebenfalls einbezogen werden Wertestudien aus den Jahren 1996 und 1999<sup>3</sup>, in denen einige Fragen zum Thema Solidarität gestellt wurden.

Alle vier Untersuchungen wurden im Rahmen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Werteforschung (Leitung: Paul M. Zulehner) mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (1994, 1996, 1999) bzw. der Wirtschaftskammer Österreich (2002) durchgeführt. Es waren mündliche Befragungen, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 18 Jahren bzw. im Fall der Solidaritätsstudie 1994 ab 15 Jahren. Da nicht in allen vier Befragungen dieselben Fragen gestellt wurden, werden immer nur jene Untersuchungen angeführt, wo Vergleichswerte vorliegen.

## 2. Solidareinstellung und Handlungsbereitschaft

### 2.1 Solidarität als generelle Einstellung

Solidarität (im Sinne der Definition) kann einmal als generelle Einstellung definiert werden. Dabei ist es jedoch theoretisch sinnvoll, nach der Reichweite der Solidarbereitschaft zu differenzieren – und zwar im Sinne eines additiven Modells: Wer bereit ist, seine Lebenschancen mit den Familienmitgliedern zu teilen, muss noch lange nicht bereit sein, sie mit Behinderten oder Fremden zu teilen. Auch die empirischen Analysen bestätigen diese Differenzierung (Zulehner u. a. 1997, 55–56, Denz 1999, 248–249, Denz 2000, 205–206).

Fragen zur generellen Einstellung in Bezug auf Solidarität wurden in allen vier Untersuchungen gestellt. Unterteilt nach der Reichweite der Solidarbereitschaft (im Sinne der oben erwähnten Definition) lassen sich unterscheiden:

1. *Mikrosolidarität* = Solidarität in der Familie: „Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist das Teilen.“ „Teilen lernt man am besten in der Familie.“ „Ohne Familie kann man nicht lernen, Konflikte zu lösen.“
2. *Mesosolidarität* = Solidarität in der Gesellschaft (Umverteilung): „Man sollte denen, die mehr haben, etwas wegnehmen dürfen, um es an Bedürftige zu verteilen.“ „Einkommensunterschiede sollen verringert werden.“ „Wenn wir alle ein bisschen verzichten würden, gäbe es bald keine Armut mehr.“
3. *Makrosolidarität* = Solidarität mit Fremden und AusländerInnen: „Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Inländer anpassen.“ „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ „Man sollte Ausländern jede politische Betätigung im Inland untersagen.“ „Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.“

---

2 Eine ausführliche Darstellung dieser Studienergebnisse findet sich in Zulehner u. a. (1997) *Solidarität – Option für die Modernisierungsverlierer*. Innsbruck.

3 Für eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse dieser Studie siehe Denz u. a. (HgInnen) (2000) *Die Konfliktgesellschaft – Wertewandel in Österreich 1990 – 2000*. Wien.

**Tabelle 1: Solidarität als generelle Einstellung nach Reichweiten im Zeitvergleich**  
(Angaben in Prozent)

Jahr	Makrosolidarität	Mesosolidarität	Mikrosolidarität
2002	45,9	74,5	95,2
1999	34,0	62,4	95,9
1996	36,9	71,3	93,8
1994	32,9	67,2	92,8

2002: n = 1.015, 1999: n = 1.522, 1996: n = 875, 1994: n = 1.341.

Es gibt in allen Studien eine eindeutige Reihung: Hohe Mikrosolidarität, niedrigere Mesosolidarität, geringe Makrosolidarität. Das etwas überraschende Ergebnis ist, dass 2002 die Solidaritätseinstellung in allen drei Reichweiten Spitzenwerte erreicht. Am wenigsten überrascht der hohe Wert der Mikrosolidarität – nach wie vor ist die Familie der wichtigste Lebensbereich (Zulehner/ Polak 2000, 43). Unerwartet deutlich ist die Mesosolidarität gestiegen, also die Bereitschaft, in der Gesellschaft zu Gunsten der Ärmern umzuverteilen. Dies kann als ein Indiz für einen wieder gestiegenen Wunsch nach sozialer Sicherheit interpretiert werden, hinter dem die Erfahrung steht, dass doch nicht alle Probleme und Risiken des Lebens individualistisch gelöst werden können. Der Anstieg der Makrosolidarität, also der deutliche Rückgang der Ausländerfeindlichkeit, steht den Ergebnissen zur Frage nach der Solidarität in der Nachbarschaft oder beim Engagement für gesellschaftliche Gruppen diametral entgegen (vgl. dazu Kap. 3): Bei allen konkreten Fragen geht die Makrosolidarität deutlich zurück. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich hier vor allem die Solidaritätsrhetorik („soziale Wünschbarkeit“) geändert hat, nicht aber die Einstellung und schon gar nicht die Handlungsbereitschaft.

Die Analysen belegen auch die Gültigkeit der Annahme eines additiven Modells von Solidarität: Wer makrosolidarisch ist, ist auch meso- und mikrosolidarisch. Wer mesosolidarisch ist, ist zwar auch mikrosolidarisch, nicht aber makrosolidarisch. Wer mikrosolidarisch ist, ist eben nur mikrosolidarisch. Diesem Modell entsprechen im Zeitvergleich zwischen 1994 und 2002 ziemlich konstant 83% der Befragten, nur 17% weisen ein anderes Muster auf.

Die generelle Einstellung zur Solidarbereitschaft auf Mikro-, Meso- und Makroebene wurde im Weiteren auch nach sozialstrukturellen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen und Kinderzahl differenziert. Ebenso wurde die generelle Einstellung zur Solidarbereitschaft auf allen drei Ebenen abhängig von persönlichen Einstellungen gemessen: Als Indikatoren wurden dafür Religiosität in Form der Kirchenbindung, gemessen an der Häufigkeit des Besuchs der Messe, sowie das Ausmaß an Autoritarismus herangezogen.

Da der Autoritarismus ein zentrales Konzept dieser Studie ist, sollen Begriff und Messung kurz erläutert werden. Die Autoritarismus-Forschung geht auf die Studien

zur autoritären Persönlichkeit von Adorno u. a. (1982) in den 40er- und 50er-Jahren zurück. Ausgangspunkt war die Frage: Was macht die Anfälligkeit für faschistische Propaganda aus? (Adorno 1982, 2). Heute verweist der Autoritarismus auf ein Gesellschaftsbild, das grob formuliert dem Grundsatz folgt: Recht hat, wer oben ist. Autoritarismus scheint sozialpsychologisch auf die Schutzbedürftigkeit einer Person zu verweisen, die zumal in unübersichtlichen Verhältnissen eine Komplexitätsreduktion durch Vereinfachung anstrebt.<sup>4</sup> Die Originalskala zur Messung des Autoritarismus ist zwar sehr umfangreich, doch bewährt sich seit vielen Jahren eine Kurzskala aus folgenden vier Antwortvorgaben: „Wo strenge Autorität ist, dort ist auch Gerechtigkeit.“ „Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist Gehorsam.“ „Mitreden und Mitentscheiden soll man erst, wenn man durch harte Arbeit eine Position erreicht hat.“ „Die viele Freiheit, die heute die jungen Leute haben, ist sicher nicht gut.“

Mithilfe einer multiplen Regression wurde zu zeigen versucht, inwieweit die beiden Parameter Kirchenbindung und Autoritarismus als unabhängige Variable mit der generellen Einstellung zu Solidarität in Verbindung stehen. Es sollten also jene Effekte berechnet werden, welche die direkte Wirkung der unabhängigen Variablen auf Solidarität ausweisen. Das Maß für diese direkte (ursächliche) Wirkung ist der partielle Korrelationskoeffizient (Werte zwischen 0 und 1, wobei 1 den stärksten Zusammenhang ausdrückt und das Vorzeichen nur die Richtung des Zusammenhangs angibt).

Je autoritärer jemand ist, desto größer ist die Mikrosolidarität (0.19), aber umso geringer die Makrosolidarität (-0.49). Interessant ist, dass auch die Kirchenbindung Makrosolidarität abschwächt (-0.15). Grundsätzlich zeigt sich hier ein für alle Analysen zutreffendes Ergebnis: Autoritarismus verringert die Makrosolidarität, Bildung erhöht sie (Korrelation der Bildung mit Makrosolidarität = 0.14) – nicht gegenüber der Familie, aber gegenüber all jenen Personengruppen, die weiter entfernt stehen (Fremde, AusländerInnen, EinwanderInnen usw.). Religiosität und Kirchenbindung spielen keine (positive) Rolle für die Solidaritätseinstellung, was eine deutliche Änderung gegenüber der ersten Studie 1994 bedeutet: Damals war Religiosität noch ein wichtiger Faktor (Zulehner u. a. 1997, 189–190). Die Wirkungen von Bildung und Autoritarismus haben sich seither kaum verändert.

## 2.2 *Solidarität als generelle Handlungsbereitschaft*

Die nächste Frage ist, wie weit die Solidaritätseinstellung, zumindest theoretisch, auch in Handlungsbereitschaft umgesetzt wird. Die registrierten Ergebnisse entsprechen nicht den Ergebnissen zur Solidaritätseinstellung, da mit der solidarischeren Einstellung keine vermehrte Handlungsbereitschaft einher geht. Erhoben wurde die Handlungsbereitschaft durch Antworten auf die Aussage: „Hilfe leisten kann manchmal leichter fallen, manchmal schwerer fallen. Beurteilen Sie die folgenden Punkte an Hand dieser Skala, dabei bedeutet ‚5 Hilfe zu leisten fällt mir sehr leicht‘, ‚1 Hilfe leisten fällt mir sehr schwer.“

---

4 Für eine Zusammenfassung neuerer theoretischer Diskussionen und empirischer Ergebnisse zu diesem Thema siehe Rippl/Kindervater/Seipel (HglInnen) (2000) *Autoritarismus*. Opladen.

Dabei zeigt sich, dass die Handlungsbereitschaft von einem ehemals hohem Ausgangsniveau auf allen Ebenen zurückgegangen ist: sehr wenig im Mikrobereich um durchschnittlich 2 Prozentpunkte, etwas mehr im Mesobereich um durchschnittlich 14 Prozentpunkte, und deutlich im Makrobereich um durchschnittlich 20 Prozentpunkte. Alle Werte sind gesunken, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß; die Bereitschaft, solidarisch zu handeln, ist generell zurückgegangen.

**Tabelle 2: Handlungsbereitschaft nach Reichweiten im Zeitvergleich**

(Angaben in Prozent, Werte für: „Hilfe zu leisten fällt mir leicht oder sehr leicht“)

	Mikrosolidarität			Mesosolidarität			Makrosolidarität	
	Familie	Kind	Freunde	Bekannte	Körperlich Behinderte	Nachbarn	Ausländer	Unbekannte
2002	96,4	96,5	94,2	80,8	78,1	69,8	52,6	42,0
1994	98,3	98,1	98,1	95,5	85,1	90,2	69,8	65,4

Die Kausalanalyse zeigt folgendes Ergebnis: Hinsichtlich der persönlichen Einstellungen lässt sich festhalten, dass (starker) Autoritarismus die solidarische Handlungsbereitschaft gegenüber AusländerInnen verringert (-0.23); Bildung hingegen tendiert dazu, die Handlungsbereitschaft zu erhöhen (0.13). Insgesamt sind aber die Zusammenhänge nicht sehr stark, was auf die starke Wirkung sozial erwünschter Antworten auf alle diese Fragen zurückgeführt werden kann. Nur das Wort „Ausländer“ dürfte für viele Befragte offenbar doch ein so starker Stimulus gewesen sein, dass sich zumindest hier deutliche Korrelationen ergeben.

Die nächste zu beantwortende Frage betrifft die konkrete Umsetzung der Handlungsbereitschaft über die alltäglichen Formen der Mikrosolidarität hinaus. In der Befragung gibt es dafür einige Anhaltspunkte. Im Bereich der Familie sind 34% der Befragten sozial tätig, in der Nachbarschaft oder Gemeinde sind es 13%. In sonstigen Bereichen<sup>5</sup> engagieren sich 11% und in Vereinen, die im weitesten Sinne im Sozialbereich tätig sind (z. B. Feuerwehr usw.), arbeiten 10% mit.<sup>6</sup> Diese Werte sind also doch deutlich niedriger als die Werte zur Einstellung oder zur Handlungsbereitschaft.

Dieses Ergebnis kann so interpretiert werden, dass es zwar eine hohe (allerdings recht unspezifische) Bereitschaft sowie auch eine positive Einstellung zur Solidarität gibt, dass aber nur ein kleiner Teil dieser Bereitschaft auch tatsächlich umgesetzt wird. Gesellschaftlich bedeutet dieses Ergebnis, dass es ein hohes potenzielles „Sozialkapital“ gibt, das aber nur in geringem Ausmaß tatsächlich wirksam wird.

<sup>5</sup> Es kann leider nicht differenziert werden, was sich hinter diesen „sonstigen Bereichen“ verbirgt, weil diese im Fragebogen nicht detaillierter erfasst wurden.

<sup>6</sup> Die Zahlen sind mit 1994 schwer vergleichbar, doch ist das Solidarhandeln tendenziell etwas zurückgegangen.



### 3. Solidarität in konkreten gesellschaftlichen Bereichen

In diesem Kapitel soll das Ausmaß der Solidarität für bestimmte gesellschaftliche Gruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen präsentiert werden. Vier Themenbereiche kommen dabei zur Sprache: Zunächst wird das Engagement für bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie Familie, NachbarInnen, alte Menschen, EinwanderInnen usw. dargestellt. Danach werden die Ablehnung bestimmter Gruppen als NachbarInnen erhoben sowie die Solidarität am Arbeitsmarkt eruiert. Abschließend werden die aktive bzw. passive Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie in Vereinen, Parteien und sozialen Bewegungen dokumentiert.

#### 3.1 Soziales Engagement für bestimmte gesellschaftliche Gruppen

Das soziale Engagement wurde in Bezug auf die Familie, die Nachbarschaft, ältere Menschen, Kranke und Behinderte, Arbeitslose sowie EinwanderInnen erhoben. Die in diesem Zusammenhang gestellte Frage bezog sich darauf, ob man sich Sorgen mache bzw. ob man bereit wäre, aktiv etwas zu tun. Die Aufforderung lautete: „Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Personengruppen, um deren Interessen und Lebensbedingungen man sich im unterschiedlichen Ausmaß Sorgen machen kann. Bitte legen Sie die Karten auf die entsprechenden Felder, je nachdem, ob Sie sich ‚sehr starke, starke, im begrenzten Ausmaß, nicht so sehr oder sich überhaupt keine Sorgen machen‘. Bitte legen Sie diese Karten wieder auf die entsprechenden Felder, je nachdem, wie stark Sie bereit sind, aktiv etwas zu tun.“

**Tabelle 3: Soziales Engagement für bestimmte gesellschaftliche Gruppen im Zeitvergleich** (Angaben in Prozent)

	Mikro-solidarität	Mesosolidarität				Makro-solidarität
	Familie	Nachbarschaft	Ältere Menschen	Kranke, Behinderte	Arbeitslose	Einwanderer
Sich Sorgen machen um ...						
2002	72,6	26,7	29,6	35,1	26,7	15,2
1999	75,9	26,7	48,9	49,4	32,2	15,9
Aktiv etwas tun für ...						
2002	95,5	65,1	43,9	57,5	27,5	17,9
1999	97,0	69,2	57,8	57,3	-	19,8

Die Ergebnisse zeigen auch hier, dass das soziale Engagement mit wachsender Entfernung von bestimmten Personengruppen abnimmt. Am stärksten ist dieses Engage-



ment für die Familie: 73% machen sich Sorgen und 95% würden etwas tun. Im Mesobereich fällt die Bereitschaft für ein soziales Engagement schon deutlich geringer aus: Ca. 30% machen sich Sorgen und 50% würden etwas tun. Wenn es um EinwanderInnen geht, sorgen sich nur mehr 15% und 18% würden sich aktiv einsetzen.

Mit nur zwei Ausnahmen nimmt das soziale Engagement auch tendenziell ab: Gegenüber 1999 sind alle Werte etwas zurückgegangen. Der Rückgang ist im Mikro- und Makrobereich nicht sehr groß (der größte Rückgang beträgt 3,3 Prozentpunkte). Im Mesobereich ist das Verhalten sehr unterschiedlich. Hier gibt es auch die zwei Fälle, in denen das Engagement nicht zurückgegangen, sondern gleich geblieben ist: Sich um die Nachbarn sorgen und aktiv etwas für Kranke und Behinderte tun. Im Gegensatz dazu hat das Engagement in anderen Fällen deutlich abgenommen: Die Sorge um ältere Menschen ist um 19,3 Prozentpunkte zurückgegangen, jene um Kranke und Behinderte um 14,3 Prozentpunkte, die Sorge um Arbeitslose um 5,5 Prozentpunkte, die Bereitschaft, für ältere Menschen aktiv etwas zu tun, um 13,9 Prozentpunkte, und jene, etwas für die Nachbarn zu tun, um 4,1 Prozentpunkte. Was aus diesen Zahlen deutlich wird, ist, dass sich das Verhältnis zu den älteren Menschen deutlich verändert (Generationenkonflikt).

Die Kausalanalyse ergibt nur sehr wenige relevante Zusammenhänge. Ein bereits aus früheren Befragungen bekanntes Ergebnis ist, dass der Autoritarismus die Bereitschaft vermindert, etwas für EinwanderInnen zu tun (-0.21). Dafür scheint das Engagement im Mesobereich für bestimmte Gruppen stärker zu sein, je autoritärer jemand ist: Autoritäre sorgen sich mehr um Menschen in der Nachbarschaft (0.14) oder um ältere Menschen (0.12). Es gehört nach Ansicht der Befragten offenbar zu den traditionellen Tugenden, dass man sich zumindest um die Familie und um ein paar nahe stehende Gruppen sorgt. Höhere Kirchenbindung wiederum führt dazu, dass man eher etwas aktiv für NachbarInnen (0.16) und EinwanderInnen (0.15) tut.

### *3.2 Die Ablehnung bestimmter Gruppen als Nachbarn*

Als Indikator für Ausgrenzungsbereitschaft wurde die Frage, wen man nicht als Nachbarn haben möchte, mit folgendem Wortlaut gestellt: „Nun zu einem anderen Thema: Hier auf dieser Liste stehen eine Reihe ganz verschiedener Personengruppen. Könnten Sie einmal alle herausuchen, die Sie nicht gern als Nachbarn hätten? Personen, die vorbestraft sind. Menschen anderer Hautfarbe. Linksextremisten. Leute, die oft betrunken sind. Rechtsextremisten. Leute mit vielen Kindern. Psychisch Kranke. Moslems. Ausländer. Gastarbeiter. Leute, die AIDS haben. Drogenabhängige. Homosexuelle. Juden. Zigeuner.“

Das wenig ermutigende Ergebnis ist, dass zwischen 1999 und 2002 die Ablehnung aller gesellschaftlichen Gruppen angestiegen ist. Die einzige Gruppe, deren gesellschaftliche Akzeptanz, wenngleich nur geringfügig angestiegen ist, sind die Homosexuellen. Wo auch Daten für 1994 vorliegen, zeigt sich, dass die gesellschaftliche Toleranz zwischen 1994 und 1999 zwar generell größer geworden ist, dann aber in den nächsten drei Jahren wieder abgenommen hat. Teilweise sind die Werte sogar unter jene von 1994 gefallen, wie etwa die Zahlen für GastarbeiterInnen, Juden und Moslems

zeigen. Hier gibt es wahrscheinlich Zusammenhänge mit der österreichischen Innenpolitik („Ausländerwahlkämpfe“) und mit internationalen politischen Entwicklungen („11. September“).

**Tabelle 4: Ablehnung von gesellschaftlichen Gruppen als Nachbarn im Zeitvergleich** (Angaben in Prozent)

	Fremde						politische Extremisten	
	Menschen anderer Hautfarbe	Gastarbeiter	Ausländer	Juden	Moslems	Zigeuner	Linksextremisten	Rechtsextremisten
2002	12,9	15,2	20,3	16,8	24,7	38,5	56,2	73,0
1999	6,7	8,9	12,2	8,3	15,4	24,9	49,6	59,6
1994	–	13,3	20,6	13,7	19,2	–	–	82,2
gesellschaftliche Randgruppen								
	Personen, die vorbestraft sind	Leute, die oft betrunken sind	Psychisch Kranke	Leute, die AIDS haben	Drogenabhängige	Homosexuelle	Leute mit vielen Kindern	
2002	36,8	60,5	35,3	21,5	64,0	23,4	15,2	
1999	26,9	52,8	18,4	17,4	52,7	25,4	4,3	
1994	38,6	–	–	27,2	–	39,1	–	

Nach dem Grad der Ablehnung bzw. der gesellschaftlichen Akzeptanz kann man drei Gruppen unterscheiden:

1. Am stärksten abgelehnt werden politische ExtremistInnen, TrinkerInnen und Drogenabhängige. Hier liegen die Werte deutlich über 50%. Möglicherweise werden diese Gruppen mit Gewalttätigkeiten in Verbindung gebracht, in welche die Befragten nicht hinein verwickelt werden möchten.
2. Im mittleren Bereich zwischen 20% und 40% liegen Vorbestrafte und psychisch Kranke, AusländerInnen, Moslems, ZigeunerInnen, Homosexuelle und Menschen mit AIDS.
3. In die Gruppe mit der geringsten Ablehnung von ca. 15% fallen Personen mit anderer Hautfarbe, GastarbeiterInnen, Juden und Leute mit vielen Kindern. Diese Personen werden bereits weitgehend akzeptiert.

Die Kausalanalyse zeigt, dass insbesondere der Autoritarismus dazu führt, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen als NachbarInnen abgelehnt werden: Am stärksten wirkt sich dies bei AusländerInnen (0.21), Leuten mit AIDS (0.21) und Homosexuellen (0.24) aus. Es gibt allerdings eine Ausnahme: Die Ablehnung von RechtsextremistInnen sinkt mit höherem Autoritarismus (-0.15), was durchaus plausibel ist. Bei der Einstellung zu Menschen, die oft betrunken sind, bei LinksextremistInnen und Leuten mit

vielen Kindern spielt der Autoritarismus keine Rolle. In einigen Fällen bestimmen auch andere Variablen neben dem Autoritarismus das Ausmaß der Ablehnung: Die Kirchenbindung senkt die Ablehnung gegenüber psychisch Kranken (-0.11). Menschen mit höherer Bildung lehnen tendenziell Moslems (-0.14), Homosexuelle (-0.12), Juden (-0.11) und ZigeunerInnen (-0.12) weniger als NachbarInnen ab.

### 3.3 Solidarität auf dem Arbeitsmarkt

Die Solidarität auf dem Arbeitsmarkt wurde mit folgenden Antwortvorgaben erhoben: „Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie zustimmen oder nicht zustimmen. ‚1 bedeutet stimme vollkommen zu‘ und ‚5 bedeutet lehne vollkommen ab‘. Wenn es nur wenige Arbeitsplätze gibt, haben Männer eher ein Recht auf Arbeit als Frauen, Gesunde eher ein Recht auf Arbeit als Behinderte, Inländer eher ein Recht auf Arbeit als Ausländer, Jüngere eher als Ältere.“

**Tabelle 5: Ablehnung von gesellschaftlichen Gruppen am Arbeitsmarkt im Zeitvergleich** (Angaben in Prozent)

	Frauen	Behinderte	Ausländer	Ältere
2002	25,7	22,0	51,1	29,0
1994	46,2	17,7	72,2	33,8

Gesunde haben nach Meinung der Befragten im Jahr 2002 eher ein Recht auf einen Arbeitsplatz als Behinderte – die Ablehnung von Behinderten ist um 4,3 Prozentpunkte gestiegen. Bei allen anderen Gruppen ist die Bereitschaft gesunken, bestimmten Gruppen zu Lasten der entsprechenden Komplementärgruppe ein größeres Recht auf Arbeit zuzusprechen. Bei Frauen ist der Anteil im Vergleichszeitraum um 20,5 Prozentpunkte zurückgegangen, bei AusländerInnen um 21,1 und bei Älteren um 4,8 Prozentpunkte. Diese Veränderungen drücken möglicherweise strukturelle Verschiebungen am Arbeitsmarkt aus: Selbst Menschen, die grundsätzlich nicht besonders solidarisch sind, wissen, dass viele Bereiche der Wirtschaft ohne Frauen und AusländerInnen nicht mehr funktionieren würden (Gastgewerbe, Reinigungsdienste, Handel, Bauwirtschaft usw.). Man könnte darüber spekulieren, ob diese Zahlen nicht doch auch geänderte gesellschaftliche Werthaltungen ausdrücken, nämlich eine größere Solidarität am Arbeitsmarkt. Da jedoch die Ablehnung von AusländerInnen und GastarbeiterInnen als NachbarInnen so deutlich angestiegen ist (siehe Tabelle 4), ist eine grundsätzlich höhere Akzeptanz als Ursache eher auszuschließen: Vielmehr haben sich die Befragten offenbar damit abgefunden, dass es ohne sie nicht mehr geht.

Die Durchführung der Kausalanalyse zeigt, dass mit zunehmendem Alter – wahrscheinlich aufgrund der eigenen Betroffenheit (Alter und Behinderung) – die Toleranz gegenüber allen anderen Gruppen außer AusländerInnen steigt (gegenüber Frauen 0.11, Behinderten 0.11, Älteren 0.12). Wiederum trägt der Autoritarismus dazu bei, dass AusländerInnen ein vermindertes Recht auf einen Arbeitsplatz zuerkannt wird

(-0.23), während eine höhere Bildung die Toleranz gegenüber AusländerInnen erhöht (0.13). Die Kirchenbindung vergrößert die Toleranz nur gegenüber Behinderten (0.12) und AusländerInnen (0.12).

### 3.4 Zivilgesellschaftliches Engagement

Der Begriff der Zivilgesellschaft meint die Organisation der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Anliegen der Menschen in einem Gemeinwesen in einer intermediären Sphäre von Staat und Privatsphäre: „Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nichtstaatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler, auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen, die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt. In ihr artikulierten Zielsetzungen betreffen immer auch die *res publica*“ (Merkel/ Lauth 1998, 7). Zu diesem Bereich der Zivilgesellschaft gehören etwa Mitgliedschaft in Vereinen, ehrenamtliche Tätigkeiten, Mitarbeit in Bürgerinitiativen oder Parteien und anderes.

Erhoben wurden also die Mitgliedschaft und ehrenamtliche Mitarbeit in Vereinen und ähnlichen Organisationen mit folgender Frage: „Wenn Sie bitte einmal sorgfältig diese Liste mit verschiedenen Organisationen, Gruppen, Initiativen usw. durchlesen und mir bitte sagen würden, welcher davon Sie gegebenenfalls angehören. Und bei welcher dieser Organisationen arbeiten Sie gegebenenfalls ehrenamtlich, also ohne Bezahlung, zur Zeit mit?“

- a) Soziale Bewegungen (wie Dritte Welt- oder Menschenrechtsgruppen, Friedensbewegung, Ökologie- und Umweltgruppen, Gruppen zu Fragen wie Armut, Arbeitslosigkeit, Tierschutzvereine, -gruppen),
- b) Religiöse oder kirchliche Organisationen (Pfarre),
- c) Organisationen im Bereich Freizeit und Kultur (wie Vereine für Bildung, Kunst, Musik und kulturelle Tätigkeit, Sport- und Freizeitverbände, Jugendgruppen),
- d) Parteien oder politische Gruppen oder Gewerkschaften, Berufsverbände,
- e) Sozialvereine (wie Hilfsdienste für Alte, Behinderte und soziale Schwache, Hilfsorganisationen im Gesundheitsbereich, Feuerwehr, Unfall- und Rettungsdienste).“

Es überrascht nicht, dass die Mitarbeit viel geringer ist als die bloße Mitgliedschaft. Überraschend sind jedoch einige gegenläufige Tendenzen. Die Mitgliedschaft ist in Vereinen für Freizeit und Kultur, bei Parteien und Verbänden und im sozialen Bereich zurückgegangen, im kirchlichen Bereich nahezu gleich geblieben, bei den sozialen Bewegungen deutlich angestiegen. Die Mitarbeit ist überall, außer im sozialen Bereich, gewachsen (vgl. dazu Tabelle 9). Dabei gibt es drei Muster:

1. Wachstum von Mitgliedschaften und Mitarbeit: Dies gilt für soziale Bewegungen und kirchliche Organisationen;
2. Konzentration der Mitgliedschaften: Während die passive Mitgliedschaft sinkt, ist eine verstärkte Mitarbeit der verbleibenden Mitglieder festzustellen. Dies gilt für Vereine aus dem Freizeit- und Kulturbereich sowie für Parteien und Verbände.
3. Schrumpfen der Mitgliedschaften und Mitarbeit: Dies trifft auf Vereine im sozialen Bereich zu.

**Tabelle 6: Zivilgesellschaftliches Engagement im Zeitvergleich**  
(Angaben in Prozent)

	Soziale Bewegungen	Kirchliche Organisationen	Vereine für Freizeit u. Kultur	Parteien, Verbände	Sozialvereine
<b>Mitgliedschaft in ...</b>					
2002	19,1	26,4	27,1	15,5	16,3
1999	13,0	25,4	33,1	28,6	17,7
<b>Mitarbeit in ...</b>					
2002	6,7	10,9	16,6	6,6	10,4
1999	3,6	7,0	15,7	5,6	18,1

Wiederum liefern die unabhängigen Variablen – und davon eigentlich nur Kirchenbindung und Autoritarismus – bloß in wenigen Fällen Erklärungen. Die Kausalanalyse ergibt nur in drei der fünf Bereiche signifikante Zusammenhänge für die Mitgliedschaft, bei der Mitarbeit sogar nur für einen Bereich, nämlich für kirchliche Organisationen. Dass Mitgliedschaft und Mitarbeit in kirchlichen Organisationen doch einigermaßen mit der Kirchenbindung zusammenhängen, ist eher eine Platttheit (Mitgliedschaft 0.35, Mitarbeit 0.31). Erstaunlich ist vielmehr, dass der Zusammenhang nicht größer ist. Dass autoritär gesinnte Menschen kaum Mitglieder in sozialen Bewegungen sind, verwundert nicht (-0.12), mehr schon, dass dies in Parteien auch so ist (-0.12).

Es ist zu vermuten, dass Mitgliedschaft und Mitarbeit in hohem Ausmaß von anderen Faktoren als den hier erhobenen abhängen. Denkbar sind etwa soziale Netzwerke, Tradition, persönliche Bindungen usw.

#### 4. Muster der Solidarität

Bisher wurden die einzelnen Aspekte der Solidarität isoliert voneinander aufgeführt. Es treffen aber in jeder Person alle diese Dimensionen zusammen. Und dann stellt sich die Frage, ob es ganz bestimmte Muster der Solidarität gibt. Es könnte etwa Personen geben, die in allen Bereichen solidarisch sind, oder solche, die völlig unsolidarisch sind, oder Menschen, die überall ein wenig solidarisch sind.

Das statistische Verfahren, das es erlaubt, dafür empirisch Personentypen zu identifizieren, ist die Clusteranalyse.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Befragten in eine Gruppe der Solidarischen und eine Gruppe der Unsolidarischen einteilen lassen. Die Unterschiede beziehen sich in erster Linie auf die Solidarität mit AusländerInnen und Fernestehenden, also auf die Solidarität im Makrobereich. Die stärksten Unterschiede gibt es in Bezug auf die Nachbarschaftssolidarität mit AusländerInnen.

Für eine größere Übersichtlichkeit wurden einzelne Variablen zu kombinierten Indizes zusammengefasst.<sup>7</sup> Alle Indizes sind so berechnet, dass ein höherer Wert ein höheres Ausmaß an Solidarität bedeutet.

Eine zweite Gruppe von Variablen, welche die Gruppen jedoch nicht mehr so deutlich nach dem Ausmaß von Solidarität differenzieren, bilden die Solidarität auf dem Arbeitsmarkt, die Nachbarschaftssolidarität mit gesellschaftlichen Randgruppen, sowie allgemein Makrosolidarität und dabei besonders „etwas tun für Fernestehende“.<sup>8</sup>

Daraus ergeben sich nun vier Gruppen mit folgenden empirischen Solidaritätsmustern:

1. *„Die Solidarischen“*: Sie haben in neun der 14 Dimensionen die höchsten Werte. Diese Befragten sind am wenigsten autoritär eingestellt. In dieser Gruppe gibt es überdurchschnittlich viele Frauen und ein eher niedriges Durchschnittsalter. Außerdem weist diese Gruppe das vergleichsweise höchste Bildungsniveau auf (12% der Befragten haben Universitätsabschluss, 29% lediglich Pflichtschulabschluss). Fast 50% sind ledig.
2. *„Die unauffällig Solidarischen“*: Diese Personen sind in keinem Bereich besonders, allerdings in vielen Bereichen etwas überdurchschnittlich solidarisch (in vier Dimensionen haben sie die Höchstwerte). Es handelt sich dabei um die Gruppe mit dem höchsten Frauenanteil. 50% sind verheiratet.
3. *„Die verbal Solidarischen“*: Sie sind insgesamt weder besonders solidarisch noch besonders aktiv, haben aber ein Herz für AusländerInnen: Diese ausländerInnenfreundliche Einstellung schlägt sich allerdings nicht in entsprechenden Aktivitäten nieder (Hilfsbereitschaft, zivilgesellschaftliches Engagement). In dieser Gruppe gibt es den vergleichsweise größten Männeranteil.
4. *„Die Unsolidarischen“*: Ausgeprägt ist ihre Ablehnung von AusländerInnen. Diese Befragten weisen die höchsten Autoritarismus-Werte auf. In dieser Gruppe gibt es etwas mehr Männer als Frauen, das Alter liegt geringfügig über dem Durchschnitt aller Befragten. Die „Unsolidarischen“ haben die niedrigste Bildung: zwei Drittel haben nur einen Pflichtschulabschluss.

---

7 Hilfsbereitschaft für Nahestehende (Index aus: Familie, Kind, guter Freund/ gute Freundin), Hilfsbereitschaft für Fernestehende (Index aus: Bekannte, Behinderte, Wohnungsnachbarn, Ausländer, Unbekannte), sich Sorgen machen um Nahestehende (Index aus: Familie, Nachbarschaft), sich Sorgen machen um Fernestehende (Index aus: Ältere, Arbeitslose, Einwanderer, Kranke/ Behinderte), etwas tun für Nahestehende (Index aus: Familie, Nachbarschaft, Ältere, Kranke/ Behinderte), etwas tun für Fernestehende (Index aus: Arbeitslose, Einwanderer), Nachbarschaftssolidarität mit Ausländern (Index aus: Personen mit anderer Hautfarbe, Moslems, Ausländer, Gastarbeiter, Juden, Zigeuner), Nachbarschaftssolidarität mit gesellschaftlichen Randgruppen (Index aus: Vorbestrafte, Leute mit vielen Kindern, psychisch Kranke, Menschen mit AIDS, Drogenabhängige, Homosexuelle), Solidarität am Arbeitsmarkt (alle Fragen), zivilgesellschaftliches Engagement 1 (Index aus: Mitgliedschaft und Mitarbeit bei sozialen Bewegungen, Sozialvereinen), zivilgesellschaftliches Engagement 2 (Index aus: Mitgliedschaft und Mitarbeit bei kirchlichen Organisationen, Vereinen für Freizeit und Kultur, Parteien und Verbände).

8 Addiert man alle Abweichungen vom Mittelwert, ergibt sich für die Nachbarschaftssolidarität mit AusländerInnen der Wert 81, für Solidarität auf dem Arbeitsmarkt 57, für Nachbarschaftssolidarität mit gesellschaftlichen Randgruppen 55, für Makrosolidarität 54 und für „etwas tun für Fernestehende“ der Wert 53. Alle anderen Werte liegen deutlich darunter.

**Tabelle 7: Solidaritätsmuster nach Gruppen und Formen von Solidarität**

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gesamt
Anteil der Fälle	24,9%	28,5%	28,5%	18,1%	100%
Makrosolidarität	<b>73</b>	40	56	<b>35</b>	51
Mesosolidarität	61	70	49	59	60
Mikrosolidarität	75	86	72	78	78
Hilfsbereitschaft für Nahestehende	96	96	92	92	94
Hilfsbereitschaft für Fernestehende	80	76	64	60	71
Sich Sorgen machen um Nahestehende	62	72	53	61	62
Sich Sorgen machen um Fernestehende	54	57	30	41	46
Etwas tun für Nahestehende	79	81	65	70	74
Etwas tun für Fernestehende	59	53	34	<b>25</b>	44
Nachbarschaftssolidarität mit Ausländern	<b>96</b>	81	<b>91</b>	<b>31</b>	78
Nachbarschaftssolidarität mit gesellschaftlichen Randgruppen	<b>83</b>	65	74	<b>37</b>	67
Solidarität am Arbeitsmarkt	<b>84</b>	45	55	41	57
Zivilgesellschaftliches Engagement 1: Soziale Bewegungen, Sozialvereine	20	13	09	11	13
Zivilgesellschaftliches Engagement 2: Kirche, Freizeit u. Kultur, Parteien u. Verbände	22	21	12	14	17
<i>Gesamtsolidarität</i>	<i>944</i>	<i>856</i>	<i>756</i>	<i>655</i>	<i>812</i>

Fett gedruckte Ziffern zeigen, dass diese Werte deutlich über dem Durchschnitt liegen, fett und kursiv gedruckte Ziffern zeigen, dass diese Werte deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Alle Werte liegen zwischen 0 und 100, wobei 100 das Maximum an Solidarität ist.

## 5. Zusammenfassung

Vergleicht man die vorliegenden Studien zur Solidarität, so lassen sich folgende Trends erkennen:

1. die Solidareinstellung steigt in allen Reichweiten an;
2. die Handlungsbereitschaft geht in allen Bereichen zurück, deutlich aber vor allem gegenüber ferner stehenden Personengruppen (Meso- und Makrosolidarität);
3. das soziale Engagement wird vor allem gegenüber älteren Menschen deutlich geringer;
4. die Solidarität gegenüber NachbarInnen sinkt (im Makrobereich deutlich);
5. die Solidarität am Arbeitsmarkt steigt (mit Ausnahme gegenüber Behinderten);
6. die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten sinkt (mit Ausnahme sozialer Bewegungen).



Die gesellschaftlichen Trends gehen in Richtung einer abnehmenden Solidarität, insbesondere gegenüber „den Anderen“ (AusländerInnen, Moslems, Fremde usw.). Der Rückgang ist jedoch nicht so dramatisch wie oft befürchtet, und liegt damit durchaus im internationalen Trend (Putnam/ Goss 2001). Es gibt jedoch auch zwei Ergebnisse, die in eine andere Richtung deuten: Die Solidarität als generelle Einstellung nimmt zu, und die Bereitschaft sinkt, AusländerInnen, Frauen und Älteren das Recht auf Arbeit abzusprechen.

Der Rückgang der individuellen Solidarität in konkreten Handlungsfeldern ist gesellschaftlich mit einem Rückgang des Sozialkapitals gleichzusetzen. Dieses verschwindet zwar nicht schlagartig, aber es „verdunstet“ langsam, wenn auch nicht gleichmäßig: Die Solidarität gegenüber Nahestehenden (Mikrosolidarität) geht in einem viel geringeren Ausmaß zurück als die Solidarität gegenüber Fernerstehenden (Makrosolidarität). Die gesellschaftlichen Konsequenzen werden deutlicher, wenn man die Unterscheidung zwischen brückenbildendem (bridging) und bindendem Sozialkapital (bonding) einführt: „Brückenbildendes“ Sozialkapital bezieht sich auf soziale Netzwerke, die völlig unterschiedliche Menschen zusammenbringen; ‚bindendes Sozialkapital‘ bringt in einigen Punkten (wie Ethnizität, Alter, Geschlecht, soziale Klasse usw.) ähnliche Menschen zusammen“ (Putnam/ Goss 2001, 28–29). Das bindende Sozialkapital schwindet also viel weniger als das brückenbildende. Das führt jedoch zu vertieften Spaltungen und zu sozialen Konflikten in der Gesellschaft, weil die Gräben vor allem zwischen den Gruppen der „Einheimischen“ und der „Fremden“ schnell wachsen, während die Integration in der Binnengruppe auf hohem Niveau fast konstant bleibt.

Wie können mit diesem Konzept dennoch die beiden gegenläufigen Trends erklärt werden? Vielleicht ist es doch die Einsicht in die Notwendigkeiten und das Anerkennen der Fakten, die zu einer – vielleicht auch zähneknirschenden – Solidarität zumindest am Arbeitsmarkt führen. Wenn diese Interpretation stimmt, wäre das aber auch ein Ansatzpunkt, von dem aus das brückenbildende Sozialkapital wieder wachsen könnte. Nicht ganz fassbar ist der Anstieg der allgemeinen Solidareinstellung in allen drei Reichweiten, weil die Ergebnisse vor allem im Bereich der Makrosolidarität deutlich aus dem Rahmen fallen. Bevor man hier von einem neuen Trend sprechen kann, sollte man weitere Untersuchungen abwarten. Es wäre auch möglich, dass die Befragten diese allgemeinen Fragen nur deswegen eher als früher bejahen, weil sie vielleicht glauben, dass es sich so gehört („political correctness“, „soziale Wünschbarkeit“).

Die Kausalanalysen zeigen, dass der Autoritarismus die zentrale Variable ist, die den gesamten Bereich der Solidarität bestimmt. Je autoritärer jemand ist, also je stärker Obrigkeiten und formale Ordnungen anerkannt werden, desto geringer ist die Solidarität. Die diesem Trend in vielen Fällen entgegenwirkende Variable ist die Bildung. Mit zunehmender Bildung sinken die oft irrationalen Ängste vor allem gegenüber Fremden, was sich in einer deutlich höheren Solidarität im Makrobereich äußert. Damit stellen Bildung und Aufklärung einen zweiten Ansatzpunkt für eine Stärkung des brückenbildenden Sozialkapitals dar. Erstaunlich wenig Erklärungskraft haben hingegen Religiosität und Kirchenbindung, mit denen im Allgemeinen doch eine größere Solidaritätsbereitschaft in Verbindung gebracht wird.

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1982) *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt.
- Denz, Hermann (1999) *Solidarität: Innere Struktur – Determinanten – Sozialer Wandel*. In: Zulehner, Paul M. (Hg.) *Wege zu einer solidarischen Politik*. Innsbruck, 245–269.
- Denz, Hermann (2000) *Staat und Zivilgesellschaft. Widersprüche, Verwerfungen, Bruchlinien*. In: Denz, Hermann u. a. (HglNnen) *Die Konfliktgesellschaft – Wertewandel in Österreich 1990–2000*. Wien, 169–243.
- Gaskin, Katharine/ Smith, Justin Davis/ Paulwitz, Irmtraut (1996) *Ein neues bürgerschaftliches Europa – Eine Untersuchung zur Verbreitung von Volunteering in zehn Ländern*. Freiburg.
- Merkel, Wolfgang/ Lauth, Hans Joachim (1998) *Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 6–7/ 98, 3–12.
- Putnam, Robert (1997) *Der Niedergang des Sozialkapitals? – Politische Kultur als eine Bedingung für Demokratie*. Iserlohn (Vortragsmanuskript).
- Putnam, Robert/ Goss, Kristin A. (2001) *Einleitung*. In: Putnam, Robert (Hg.) *Gesellschaft und Gemeinsinn – Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh.
- Rippl, Susanne/ Kindervater, Angela/ Seipel, Christian (HglNnen) (2000) *Autoritarismus*. Opladen.
- Zulehner, Paul M./ Denz, Hermann/ Pelinka, Anton/ Tálos, Emmerich (1997) *Solidarität – Option für die Modernisierungsverlierer*. Innsbruck (2. Auflage).
- Zulehner, Paul M./ Polak, Regina (2000) *Lieben und Arbeiten*. In: Denz, Hermann u. a. (HglNnen) *Die Konfliktgesellschaft – Wertewandel in Österreich 1990–2000*. Wien, 43–97.

*Kontakt: Hermann.Denz@uibk.ac.at*